

11.01.2019

Hohe Kinderarmut im Kreis

Kinderarmut ist in Deutschland trotz unseres insgesamt hohen Wohlstands ein wachsendes Problem. Für den Rhein-Erft-Kreis hat der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg mit einer Kleinen Anfrage aktuelle Zahlen dazu angefragt.

Guido van den Berg fasst das Ergebnis so zusammen: „Die hohe Zahl an Kindern, die Leistungen zur Mindestsicherung beziehen ist erschütternd. Über 16% der Heranwachsenden im Rhein-Erft-Kreis gelten nach dieser Statistik als arm. Es besteht also hoher Handlungsdruck. Zum einem Müssen wir verhindern, dass Familien verarmen bzw. wir müssen solchen Familien helfen, aus der Armut herauszukommen. Gleichzeitig müssen wir aber intensiv dafür Sorge tragen, dass Kinder mit diesem Hintergrund keine sozialen Nachteile erleiden, die später nicht mehr zu korrigieren sind.“

Besonders hochliegt die Quote in Bergheim (25,6%), Wesseling (21,5%) und Kerpen (20,1%). Mit Abstand am niedrigsten ist der Anteil in Pulheim (7,1%).

Ebenfalls abgefragt hatte van den Berg, wie Förderprogramme des Landes von den Städten des Rhein-Erft-Kreis genutzt werden. So wurden im letzten Jahr aus dem noch von der letzten Landesregierung aufgelegten Programm „Soziale Arbeit an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets“ der maximale Förderbetrag von über einer Million Euro abgerufen und damit 42 Sozialarbeitskräfte finanziert. „Der Erfolg eines solchen Programms zeigt, wie groß der Bedarf ist. Deshalb begrüße ich auch die im Haushalt vorgesehene Finanzierung von über 480 weiteren Stellen aus Landesmitteln. Diese Stellen müssen aber unbedingt unbefristet geschaffen werden. Nur so bekommen Angestellte und Kommunen Planungssicherheit und die betroffenen Kinder eine konstante Unterstützung. Ganz wichtig ist auch, dass wir dafür sorgen, dass besonders betroffene Kommunen auch angemessen stark unterstützt werden“, betont der Sozialdemokrat.

Im Zuge der Haushaltsberatungen hatte die SPD-Fraktion gefordert, eine Kindergrundsicherung in NRW einzuführen und dafür 25 Millionen Euro an Landesgeldern bereitzustellen. Damit hätte das Land bei der Bekämpfung von Kinderarmut bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen können. „Leider ist dieser Vorschlag von CDU und FDP abgelehnt worden. Hier ist eine Chance vertan worden ein Programm zu schaffen, dass dauerhaft und sicher genau die Betroffenen erreicht“, meint van den Berg.

Landesregierung verweigert Familien mit halbherzigem „Pakt“ deutliche Entlastungen

Nur mit Trippelschritten bewegt sich die Landesregierung in die richtige Richtung.

In der Landespressekonferenz hat Landesfamilienminister Stamp die Pläne für eine KiBiz-Reform vorgestellt und dabei ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr in Aussicht gestellt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Rhein-Erft-SPD und Mitglied des Landtags, Guido van den Berg: „Im Dezember noch hat eine breite Mehrheit im Landtag die von der SPD-Landtagsfraktion vorgeschlagene vollständige

Gebührenbefreiung für Kindergartenkinder abgelehnt. Nun will die Landesregierung immerhin ein weiteres Kindergartenjahr von den Kosten befreien. Allerdings frage ich mich, warum damit noch jahrelang gewartet wird. Die Familien in NRW könnten schon in diesem Jahr entlastet werden, aber CDU und FDP wollen einfach nicht.“

Der stellvertretende Vorsitzende der Rhein-Erft-SPD und Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Dierk Timm ergänzt: „Sozialdemokratische Politik zeigt Wirkung. Dank dem Gute-Kita-Gesetz von Familienministerin Franziska Giffey profitieren auch Familien in NRW deutlich. Nun steht der Weg offen für flexiblere Öffnungszeiten und mehr Personal. Leider steigt das Land NRW nur halbherzig auf diese Chance ein, obwohl die Kassenlage glänzend ist.“ Von den insgesamt etwa 1,8 Mrd. Euro, die zur Verfügung gestellt werden sollen, stammen nur etwa 38% aus Landesmitteln. Der Rest wird vom Bund und den Kommunen getragen. Die Sozialdemokraten weisen auch darauf hin, dass die groß angekündigte Initiative der Landesregierung schöngerechnete Elemente enthält. So werden etwa 500 Millionen Euro aus dem bestehenden „Kita-Rettungspaket“ von Mitteln aus der neuen Initiative bloß ersetzt, sind also keine zusätzlichen Mittel.

Van den Berg und Timm fassen die Pläne so zusammen: „Es geht mit unnötig kleinen Schritten in die richtige Richtung. Leider nutzt die Landesregierung die große Chance nicht, um das Finanzierungssystem insgesamt zu reformieren, sondern stopft mit Bundeshilfe Löcher. Ärgerlich ist auch, dass eine spürbare finanzielle Entlastung von Familien ohne Not um Jahre verschoben wird.“



Wir wünschen Euch ein frohes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2019!

IMPRESSUM:

Rhein-Erft **SPD** – Kreisgeschäftsführer Johannes Stracke (V.i.s.d.P.) – Fritz-Erler-Str. 2, 50374 Erftstadt
Tel.: 02235/927 140 – Fax: 02235/927 1419 – Mail: info@rhein-erft-spd.de – Web: www.rhein-erft-spd.de